



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht USA

2011

Am 11. September 2011 jähren sich zum zehnten Mal die Anschläge von al-Qa'ida auf die Vereinigten Staaten. Dieser Akt schwerster Menschenrechtsverletzungen ist schärfstens zu verurteilen und stellt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. In der Folge rief Präsident George W. Bush den „Krieg gegen den Terror“ aus, in dem leider ebenfalls schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen wurden und u.a. systematisch gefoltert wurde.

Präsident Obama hat das Ende eingeläutet für George W. Bushs "erweiterte Verhörmethoden" – ein beschönigender Begriff für Praktiken wie Waterboarding, die nichts anderes als Folter sind. Nach wie vor bleiben jedoch auch unter Obama Untersuchungen in Fällen von Folter aus und die Verantwortlichen werden für diese begangenen Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen. Dies wäre jedoch gemäß internationalem Recht zwingend erforderlich. Ebenso wie, dass Personen, deren Menschenrechte verletzt wurden, Zugang zu effektiven Rechtsmitteln haben.

Das Gefangenenlager Guantánamo, Symbol von Ungerechtigkeit und mangelnder Rechtsstaatlichkeit besteht weiterhin, obwohl Obama dieses bis Anfang 2010 schließen wollte. Noch immer waren dort 171 Männer inhaftiert. Im April 2011 hat WikiLeaks mehr als 700 Dokumente veröffentlicht, die zeigen, aufgrund welcher absurden und willkürlicher Informationen Gefangene in Guantánamo festgehalten und beurteilt wurden sowie dass dort keineswegs immer die „Schlimmsten der Schlimmen“ sitzen. Die Dokumente bestätigen, dass eine Vielzahl Gefangener aufgrund falscher Argumente für Jahre eingesperrt wurde ohne Zugang zum Rechtssystem. Die Verzweiflung der Gefangenen angesichts von Willkür, Ungewissheit und einem fehlenden unabhängigen Verfahren, welches Schuld/ Unschuld und gegebenenfalls Strafmaß klärt, wird durch einen erneuten Todesfall im Mai 2011 unterstrichen. Der 37-jährige Afghane Inayatollah wurde leblos aufgefunden und Selbstmord als Todesursache angenommen. Insgesamt sind acht Gefangene in Guantánamo umgekommen. Sechs nahmen sich das Leben und zwei weitere starben an natürlichen Ursachen.

Skandalös ist auch, dass die Vereinigten Staaten, Verursacher des Unglücks auf Guantánamo, selbst nicht Bereit sind, ehemalige Gefangene aufzunehmen, die freigelassen werden sollen. Einige Gefangene könnten in die Freiheit entlassen werden, jedoch nicht in ihr Heimatland, weil ihnen dort Menschenrechtsverletzungen drohen. Die USA bitten die Weltgemeinschaft um Unterstützung zur Aufnahme dieser Personen, doch das Weiße Haus hat im April 2011 die Position bekräftigt, dass kein ehemaliger Gefangener von Guantánamo in die Vereinigten Staaten entlassen wird.

In Guantánamo werden währenddessen Verfahren vor Militärkommissionen, die nicht internationalen Standards für ein unabhängiges faires rechtstaatliches Verfahren entsprechen, fortgesetzt. Auch die Verfahren gegen Khalid Sheikh Mohammed und vier weiteren Männern, die an

den Anschlägen vom 11. September 2001 maßgeblich beteiligt sein sollen, werden - entgegen früherer Vorhaben - nun nicht vor einem zivilen Bundesgericht verhandelt. Justizminister Holder machte Abgeordnete des Kongresses für diese Kehrtwende verantwortlich. Am 31. Dezember trat durch die Unterschrift von Präsident Obama das Gesetzespaket über den Verteidigungshaushalt in Kraft (National Defense Authorization Act), das u.a. die zeitlich unbefristete Inhaftierung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Antiterrormaßnahmen ermöglicht. Selbst nach einem Freispruch durch die Militärkommissionen können Inhaftierte wieder in unbefristete Haft genommen werden.

Auch auf dem Gelände des US-Militärstützpunkts Bagram in Afghanistan werden Hunderte von Gefangenen festgehalten. Im September 2011 waren dort 3100 Personen inhaftiert und damit etwa dreimal so viele wie im Vorjahr.

Die Untersuchung von Foltervorwürfen wurde in 2011 unter Obama abgeblockt, ebenso wie Untersuchungen zu Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des CIA-Programms für außerordentliche Überstellungen und Geheimgefängnisse. Am 16. Mai 2011 lehnte der oberste Gerichtshof ohne Kommentar die Anhörung von fünf Männern ab, die angaben, sie seien im Rahmen des Programms für außerordentliche Überstellungen und Geheimgefängnisse Opfer des Verschwindenlassens und der Folter bzw. anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung geworden. Im November legten sie ihren Fall der Interamerikanischen Menschenrechtskommission vor. Am 30. Juni 2011 gab Justizminister Holder bekannt, die "Voruntersuchung" zu den Verhörpraktiken der CIA sei beendet. Er schließe sich der Empfehlung der Staatsanwaltschaft an, im Zusammenhang mit zwei Todesfällen in Gewahrsam der CIA „umfassende strafrechtliche Ermittlungen" einzuleiten; weitere Ermittlungen in anderen Fällen seien hingegen nicht erforderlich. Damit beendete er Untersuchungen in rund 100 Fällen mutmaßlicher Folter von Gefangenen in CIA-Gewahrsam.

Nachdem die Vereinigten Staaten ihrer Verantwortung nicht ausreichend nachkommen Foltervorwürfe im „Krieg gegen den Terror“ zu untersuchen, ist an dieser Stelle die internationale Gemeinschaft gefordert. Denn bleibt eine Untersuchung durch die USA aus, ist es anderen Staaten geboten, diese einzuleiten. In Anbetracht der Tatsache, dass Folter und „erweiterte Verhörmethoden“ auf oberster Ebene beschlossen wurden, gilt dies insbesondere für den ehemaligen Präsidenten George W. Bush. Es ist ausreichend Material öffentlich verfügbar, das eine Untersuchung der Rolle George W. Bushs nicht nur ermöglicht sondern erfordert. So ist z.B. die Schweiz, wo ein Besuch im Februar 2011 geplant war, verpflichtet, die Beteiligung von George W. Bush an Straftaten nach internationalem Recht wie Folter zu untersuchen. Amnesty International hat eine entsprechende Eingabe an den Bundesrat und die Bundesanwaltschaft gerichtet. Der Bush-Besuch wurde abgesagt. Auch Kanada wurde im Oktober 2011 aufgefordert, George W. Bush im Rahmen seines Besuches strafrechtlich zu verfolgen.

Zudem waren vor allem auch in den Hochsicherheitsgefängnissen die Haftbedingungen im Jahr 2011 weiterhin Anlass zur Sorge. Unter bestimmten Umständen überschreiten besonders harte Haftbedingungen wie lange andauernde Isolationshaft die Grenze zu Folter bzw. grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung.

Im Juli und Oktober 2011 traten in Kalifornien Tausende von Häftlingen in den Hungerstreik, um gegen grausame Isolationshaftbedingungen in kalifornischen Hochsicherheitstrakten (Security Housing Units - SHU) zu protestieren. Im Gefängnis Pelican Bay State Prison waren in einem solchen

Trakt mehr als 1000 Insassen 22 Stunden täglich in fensterlosen Zellen eingesperrt. Bereits 1995 hatte ein Gericht festgestellt, diese Bedingungen könnten "die Grenzen dessen überschreiten, was die meisten Menschen psychisch ertragen können". Zum Zeitpunkt des Hungerstreiks hatten in Pelican Bay mehr als 500 Häftlinge mindestens zehn Jahre unter diesen Bedingungen zugebracht. Auch in anderen US-Bundesstaaten wie Arizona und Texas saßen Tausende Gefangene in ähnlichen Isolationstrakten ein. In Louisiana befinden sich die beiden Gefangenen Albert Woodfox, 64, und Herman Wallace, 69, bereits seit rund 40 Jahren in Isolationshaft und leiden aufgrund dessen an schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen. Sie sollen 1972 einen Wärter ermordet haben, doch einige rechtliche Aspekte des Falles sind extrem fragwürdig. Ihre Behandlung ist grausam und unmenschlich. Sowohl der Pakt über bürgerliche und politische Rechte als auch die Antifolterkonvention verbieten Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung. Das Antifolterkomitee der Vereinten Nationen hat festgestellt, dass lange Isolationshaft Folter oder andere Misshandlung darstellen kann.

Auch der mutmaßliche WikiLeaks-Informant Bradley Manning litt unter unverhältnismäßig harten Haftbedingungen und wurde während seiner Zeit auf dem Marinestützpunkt Quantico 23 Stunden pro Tag in einer kleinen Zelle, manchmal nackt, untergebracht und erhielt keine Möglichkeit zu Bewegung. Mit der Begründung, dass Gefahr besteht, er könne sich etwas antun wurde er eingruppiert in eine Kategorie „Schutz gegen Verletzung“ (Prevention of Injury – POI). Dies hat zur Folge, dass er weder Betttuch noch separates Kissen erhält und während des Tages alle fünf Minuten überprüft wird. Militärpsychologen haben jedoch mehrfach empfohlen, dass er den Status „Schutz gegen Verletzung“ wieder verlässt. Maßnahmen wie nackt schlafen zu müssen oder morgens nackt antreten zu müssen wurden nicht von Gesundheitspersonal in Sorge vor Selbstverletzungen angeordnet, sondern sind erniedrigend. Nach öffentlichem Druck und nachdem Amnesty International Besorgnis über eine unmenschliche Behandlung Bradley Mannings äußerte, ist er im April 2011 in ein Militärgefängnis mittlerer Sicherheitsstufe verlegt worden. Seine Haftbedingungen verbesserten sich und ihm wurde z.B. Kontakt zu anderen Untersuchungshäftlingen gewährt. Am 16. Dezember erschien Bradley Manning zu einer ersten Anhörung vor einem Militärgericht.

Mindestens 43 Menschen starben im Jahr 2011 nach Polizeieinsätzen mit Elektroschockwaffen (Taser-Waffen). Damit stieg die Zahl der seit 2001 durch Elektroschockwaffen getöteten Menschen auf 497. Im Mai 2011 veröffentlichte das Nationale Justizinstitut einen Bericht, der Todesfälle nach dem Einsatz von Elektroimpulsgeräten wie Taser-Waffen untersuchte. Darin hieß es, es gebe keine "gesicherten medizinischen Hinweise" darauf, dass normalen, gesunden Erwachsenen durch diese Waffen ein hohes Todes- oder Verletzungsrisiko drohe. Gleichwohl stellte der Bericht fest, dass viele dieser Todesfälle in Zusammenhang mit mehrfachem oder länger andauerndem Einsatz dieser Geräte standen, und es wurde empfohlen, von einem solchen Gebrauch Abstand zu nehmen. Amnesty International ist insbesondere besorgt darüber, dass unter den zahlreichen Todesfällen, die nach dem Gebrauch von Elektroschockwaffen eintraten, viele der Verstorbenen keine ernste Gefahr darstellten als die Taser gegen sie eingesetzt wurden.